

# Deutscher Werkerebund

Zentralorgan für die Interessen

der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Redaktion u. Exped. Berlin SW16 Michaelstr. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 11844. / Redaktionschluss 8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 5

Berlin, den 30. Januar 1926

4. Jahrgang

## Volksfront gegen die Räuber.

Der Raubzug der ehemaligen deutschen Fürsten gegen das deutsche Volk hat einen maßlosen Sturm der Entrüstung entfesselt. Schon vor Wochen machte die Sozialdemokratische Partei die Regierung darauf aufmerksam, daß sie das gesamte deutsche Volk zum Entschluß anrufen werde, wenn die Regierung nicht gegen die Entscheidungen der deutschen nationalen Regierungen und Richter den denkbar schärfsten Einspruch erheben werde. Das geschah nur in gewundenen Erklärungen, die die Fürstendiener und Volksfeinde nur ermutigen, aber nicht die Gegner des Raubzugs befriedigen konnte. Die Aussicht auf die Bildung einer Vinsregierung verzögerte dann wohl den entscheidenden Schritt. Nachdem aber Luther ein Kabinett aus Männern gebildet hat, die alles, was in Deutschland freucht und flengt, als Eigentum der Fürsten anerkennen, hat sich die Sozialdemokratische Partei

### für den Volksentscheid

ausgesprochen. Der ADG hat es auf Wunsch der Partei übernommen, die Einheitsfront aller Gegner der fürstlichen Räuber und ihrer Helfershelfer herzustellen. Unsere Forderung ist

### entschädigungslose Enteignung

der früheren Fürsten und

### Verwendung der Güter zugunsten des arbeitenden Volkes.

Diesem Ziel gelten für die nächsten Wochen alle Kräfte!

## Eine neue Regierung

hat die Deutsche Republik. Luther blieb Reichszangler, Stresemann Reichsaußenminister. Minister gegen die Arbeiter blieb Herr Brauns, und der Herr Geßler ist zum 3. v. ö. f. t. n. Wale Reichswehrminister geworden. Brauns und Geßler von Ewigkeit zu Ewigkeit und immer feste für die Republik, für die Arbeiter, und wer's nicht glaubt, wird nächstens Minister. Minister des Innern wollte parrot Herr Koch von den Demokraten werden, der bekanntlich Himmel und Hölle in Bewegung setzte, die Sozialdemokraten für die „große Koalition“ zu gewinnen. Die volle Schale ihres Jorns gossen die Demokraten über die „nach links rutschende“ Sozialdemokratie, die einen „großen Moment“ verpaßt hätte. Nach dem Scheitern des Plans einer großen Koalitionsregierung konnte man neugierig sein, was die tapferen Demokraten, die keine Reichsregierung, das unentwegte Zentrum, das keine Leute nur in die Regierung der großen Koalition schiden wollte, aufstellen würden, eine republikanische Regierung zu bilden. Beide Parteien, die so rührend um die Sozialdemokraten bemüht waren, haben kläglich versagt. Sie sind das sehr unzulängliche Zeigenblatt einer antirepublikanischen Regierung geworden. Reichszangler Luther, Außenminister Stresemann, Wirtschaftsminister Curtius, Verkehrsminister Krosche, Postminister Singl, Reichswehrminister Geßler sind keine Republikaner, sondern Monarchisten. Der demokratische Finanzminister Reinhold hat in gleicher Umseignenschaft im Freistaat Sachsen so erschütternde Beispiele demokratischer Ueberzeugungstreue gegeben, daß man über die Festigkeit der demokratischen Partei staunen muß, die solche Erschütterungen erträgt. Aus Kielengroße wächst aber unter Mithras gegen die Demokraten, durch die Präsidentenernennung des Herrn Dr. Kütz als Reichsinnenminister. Dies Ministerium hatten die Demokraten für sich in Anspruch genommen, um auch im Inneren das republikanische Gesicht zu wahren (nach außen zwingt der Feindbund dazu!) Und nun müßten die Demokraten, die sich stark genug fühlten, die Ansprüche der Sozialdemokraten wenigstens zum Teil durchdrücken zu können, erleben, daß sie zu schwach waren, gegen die Stresemannpartei ihre eigenen Ansprüche durchzusetzen. Sie haben zwar schließlich das Ministerium bekommen, aber sie müßten den von ihnen vorgeschlagenen Dr. Koch zurückziehen, weil er zu verfassungstreu sei. Der geradezu ungläubliche Vorwurf, daß in einer Republik ein präsumptiver Minister zu republikanisch, zu verfassungs-

treu sei, wurde von einer Ministerpartei erhoben, und das geradezu Unglaubliche geschah: Die Demokraten zogen ihren republikanischen Minister zurück und schoben einen anderen vor, von dem wir nach den Geheßen der Logik annehmen müssen, daß er weniger als Dr. Koch „prononciert Republikaner“ und weniger verfassungstreu ist.

So sieht die neue Regierung aus, der außer den genannten Reaktionsären und „nichtprononcierten Republikanern“ noch Dr. Marx als Justizminister angehört, während das Ernährungsministerium von einem Herrn Has-Linde befehligt wird, von dem man hört, daß er zum Zentrum gehört. Ob er Republikaner oder Monarchist ist, weiß die Öffentlichkeit noch nicht.

Die Regierung ist überwältigend von Gegnern der Verfassung besetzt. Die Verfassung soll Arbeit und Arbeitskraft schützen. Die in der Regierung sitzenden Leute haben bestenfalls die Dinge gehen lassen, die meisten aber haben diese Verfassungsartikel mit Füßen getreten. Wir erinnern an die Zoll- und Steuergeheße, an die Arbeitszeitverordnung, an den Betrug, unter dem die Erwerbslosen verhungern — an diesen Geheßen und Verordnungen sind nicht nur die Leute von der Deutschen Volkspartei schuldig, die sich von den Deutschnationalen überhaupt nur durch den Namen unterscheiden, sondern auch die Demokraten und christlichen Zentrumsleute.

Demokraten und Zentrum haben die Brücken nach links abgebrochen, weil sich die Arbeiterpartei nicht von ihnen einseifen und von den Deutschnationalen zisteren lassen wollte. Dadurch ist die Stellung der Arbeiter zu dieser Regierung gegeben.

## Das faschistische Gewerkschaftsmonopol.

Von Daimo Carnevali (Rom).

Das Ergebnis der Verhandlungen, die unter dem Vorsitz Marinaccis, des Sekretärs der faschistischen Partei, zwischen den Vertretern des italienischen Industriellenverbandes, den Abgeordneten Benini und Olivetti, und den Vertretern der faschistischen Korporationen, den Abgeordneten Rossi und Cucini, stattgefunden haben, ziehen das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Wie eine offizielle Rundgebung besagt, wurde in diesen Verhandlungen folgendes vereinbart:

1. Der Industriellenverband erkennt die faschistischen Korporationen und die ihnen angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Arbeiterkraft an.
2. Die faschistischen Korporationen erkennen den Industriellenverband und die ihm angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Industrie an.
3. Alle das Verhältnis zwischen Industrie und Arbeiterkraft betreffenden Verträge sind ausschließlich zwischen dem Industriellenverband abhängenden Organisationen und den faschistischen Korporationen.
4. Die Betriebsausschüsse werden abgeschafft, ihre Tätigkeit wird übernommen durch die jeweilige örtliche faschistische Korporation, die sie aber ausschließlich für jeweils in Betracht kommenden Industrieorganisation gegenüber ausüben wird.

Die Abschaffung der Betriebsausschüsse und die Übernahme ihrer Funktionen durch die faschistischen Korporationen bedeutet eine ernste Gefahr für die italienische Arbeiterbewegung und nicht minder für die italienische Volkswirtschaft. Den Organisationen der Industriellen, die bisher den faschistischen Korporationen aus guten Gründen ablehnend gegenüberstanden und sich das Recht bewahren, sich mit den Organisationen jeder politischen Färbung (d. h. mit dem Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbund, mit dem italienischen christlichen Gewerkschaftsbund und mit den dem letzteren angeschlossenen christlichen Organisationen) auseinanderzusetzen, soll kurzerhand das Monopol der faschistischen Korporationen aufzuerhalten werden. Die Industriellen haben sehr wohl erkannt, welche Bedeutung die Verhandlungen mit den verschiedenen Organisationen für sie und für die Produktion haben. Sie wissen, daß das von den Theoretikern des Faschismus seit langem geforderte Monopol der faschistischen Korporationen eine flagrante Verletzung des freien Koalitionsrechts der Arbeiter und ein gefährlicher Verstoß gegen die Geheße der Wirtschaft und der Produktion ist; sie wissen, daß Kollektivverträge nur dann wirklich wirksam sind, wenn sie mit den authentisch beauftragten Vertretern der Arbeiterkraft abgeschlossen werden, und daß Zwangsorganisationen der Arbeiterkraft gegenüber machtlos sind. Die Vertreter der Industriellen aber müssen dem Druck weichen, den die faschistischen Organisationen auf sie ausüben, und den wirksam auszuüben diese in der Lage sind, weil die Regierungspartei hinter ihnen steht. Der Faschismus kann nicht leugnen und leugnet nicht, daß die italienische Arbeiterbewegung genau so wie anderwärts eine zwangsläufig aus der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse hervorgegangene Erscheinung ist: er will ihr aber Schranken setzen, sie reglementieren und vor allem sie vor ihren eigenen Parteiarften spannen. Die Organisationen der Arbeiter können und dürfen aber nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus geleitet werden; jede

politische Einmischung und Beeinflussung hemmt den Gang der Wirtschaft und führt zu einer Katastrophe. Zu oft schon hat die politische Macht den Beweis geliefert, daß sie unfähig ist, die Faktoren der wirtschaftlichen Organisation zu regulieren, ja daß jeder ihrer Eingriffe die Produktion schwächt, wenn nicht lähmt.

Die Betriebsausschüsse, die unmittelbar nach dem Krieg eingeführt wurden, die aber seit dem Regierungsantritt des Faschismus ein recht problematisches Dasein führen, sind die unmittelbaren Träger des unerfährten Willens der Arbeiter; sie überwachen die Einhaltung der Verträge, wie der Staat durch die Betriebsinspektionen die Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze überwachen läßt. Außerdem gehört zum Wirkungsbereich der Betriebsausschüsse die Auslegung der Verträge und Reglements, die Vermittlung und der Ausgleich von Gegensätzen und die friedliche Lösung aller jener Probleme, die in großen Betrieben täglich aufzutreten pflegen. Die Ausschüsse bilden das Bindeglied zwischen den Arbeitervertretungen und den Werkleitungen. Die Zahl ihrer Mitglieder schwankt je nach der Anzahl der im betreffenden Werke beschäftigten Arbeiter. Die Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts, die Dauer der Mandate, das Verfahren der geheimen Wahl, alles ist genau vorgeschrieben. Nach dem Hochkommen des Faschismus wurden in vielen Werken die Betriebsausschüsse abgeschafft, und das Abkommen zwischen den faschistischen Korporationen und dem Industriellenverband soll nunmehr auch diejenigen beinhalten, die noch erhalten geblieben sind; an ihre Stelle sollen die Vertrauensmänner der faschistischen Korporationen treten, die im Grunde nichts sind als pompös aufgemachte Generäle ohne Soldaten. Der Zweck dieser Aktion liegt klar zutage: die Arbeiter, deren Würdeheit den Faschismus so sehr ablehnt, sollen durch Ausschaltung der freien Gewerkschaften faschifiziert werden.

Offen bleibt allerdings die Frage, in welcher Weise den Arbeitern eine Vertretung ausgewungen werden kann, die sie nicht selbst in freier Wahl aufgestellt haben. Mussolini schrieb noch im Mai 1920 in seinem Worte „Popolo d'Italia“: „Niemand darf in Italien daran denken, der arbeitenden Klasse die Rechte, Sicherheiten und Verbesserungen zu entreihen, die sie in Jahrzehnten des Kampfes und der Opfer errungen haben.“ Die Verteidigung der Freiheit der Vertragsschließung und des Weiterbestandes der Betriebsausschüsse ist heute zu einem brennenden Interesse der Produktion geworden.

Der leitende Ausschuß des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes weist den faschistischen Versuch zurück, er führt sich dabei u. a. auf die Bestimmung des Abschnitts XIII des Vertrags von Versailles. Auf Grund dieser Bestimmungen hat der Gewerkschaftsbund das Recht, die internationalen Organisationen, denen er angeschlossen ist, anzurufen und zum Einschreiten zu veranlassen. Ein energisches Eingreifen des Amerikaner Internationalen Gewerkschaftsbundes liegt also durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Der Vertrag von Versailles schützt die Arbeiterorganisationen ausdrücklich vor politischem Mißbrauch und er schreibt vor, daß die Arbeiter die Freiheit haben müssen, sich die Organisation, der sie angehören wollen, und die Bevollmächtigten, von denen sie im Falle von Differenzen vertreten sein wollen, selbst zu wählen.

Nicht minder energisch ist der Protest des Egeletinens Ausschusses der christlichen Gewerkschaften, dem die Vertreter der sonstigen christlichen Gewerkschaften zugestimmt haben. Der Ausschuß fordert kategorisch das Recht der Koalitionsfreiheit, und er beruft sich auf die christlich-sozialen Lehre. Er fordert alle Katholiken auf, einmütig die Stimme zu erheben zur Verteidigung der Freiheit der christlichen Gewerkschaften und ihres Rechts, die Interessen der ihnen abhängenden Arbeiter zu vertreten.

Sämtliche freien Gewerkschaften haben beschlossen, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Die Faschisten führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie das alte Problem der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung lösen wollen, jener bisher stets gefeierten Vereinheitlichung, die seit zwei Jahrzehnten Gegenstand des Studiums aller jener ist, die sich mit dem Organisationsproblem befassen. Einer der Hauptgründe des Scheiterns aller in dieser Richtung bisher unternommenen Versuche ist die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Landes-teilen, die Verschiedenheit des Grades der industriellen Entwicklung, die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Methoden, die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in Erzeugung und Verbrauch. Der Faschismus aber will nun gegen seiner überall angewandten Methode an die Stelle des spontanen freiwilligen Zusammenflusses der verschiedenen Organisationen Gewalt anwenden, und er versucht, aus Parteigründen mit Hilfe der Staatsmacht der arbeitenden Klasse und der Industrie sein Organisationsmonopol aufzuerhalten, das allen wirtschaftlichen Geheßen Sohn spricht, die allein in allen das keine Uhrwerk der Produktion berührenden Fragen maßgebend sein dürfen.





